

Mit Bayern in den Herbst

Wahlen in Bayern

Signal an Berlin
X FÜR EIN STARKES BAYERN!
 LANDTAGSWahl 21. September
 CSU

Schade. Hätten vor einem Jahr nicht das Schauspielertalent des Kanzlers mit weltweiten Horrorszenerarien und die Elbflut eine CDU/CSU geführte Bundesregierung knapp verhindert, könnte Deutschland schon wieder auf dem Weg der Besserung sein. Edmund Stoiber und die bayrische Unions-Regierung zeigen wir man auch in schwierigen Zeiten gute Politik machen kann. In Bayern werden die Menschen an diesem Sonntag über eine sehr erfolgreiche Landespolitik abstimmen. Aber auch die katastrophale Zwischenbilanz im Bund will die CSU zur Abstimmung stellen. Dazu CSU-Generalse-

ekretär Thomas Goppel Goppel: "In Berlin regieren die Dilettanten." Das Signal an Berlin sei, dass die Union rot-grüne Steuererhöhungen, wie zum Beispiel eine Erhöhung der Mehrwertsteuer für Schnittblumen, im Bundesrat gestoppt habe und auch "anderen Unsinn" stoppen werde. "Edmund Stoiber und die CSU stehen für einen verlässlichen Politikstil." Der CSU-Generalsekretär fordert auch ein Ende der Personaldebatte um den nächsten Bundespräsidenten. Mit der Diskussion wolle die Bundesregierung von den Sachthemen ablenken. "Da muss Einhalt geboten werden." Die Regierung solle arbeiten, statt zu überlegen, wie sie ihre Altversorgen könne.

BAYERISCHE ERFOLGSBILANZ

Bayern hat die mit Abstand niedrigste Pro-Kopf-Verschuldung in Deutschland. 2002: Bayern 1.552,- Euro, Bundesdurchschnitt 4.665,- Euro. Quelle: Bundesministerium der Finanzen

Bayern hat die niedrigste Kriminalitätsrate und die höchste Aufklärungsquote in Deutschland. Knapp 45 % des aus erneuerbaren Energien erzeugten Stroms in Deutschland kommt aus Bayern. Quelle: Verband deutscher Elektrizitätswerke

Bayern investiert in die Betreuung der Kinder. 520 Mio. Euro jährlich für Kindergärten, Horte und Mittagsbetreuung. Weitere 313 Mio. Euro für 30.000 neue Betreuungsplätze bis 2006

5.300 neue Lehrer wurden eingestellt. Bayern belegt in der PISA-Studie Platz 1 in Deutschland. Quelle: Deutsches PISA-Konsortium

1,2 Mrd. Euro wurden investiert. Bayern ist heute eine der führenden Technologie-Regionen in Deutschland und Europa. Quelle: EU-Kommission

Bayern ist mit 11,3 % das Flächenland mit dem höchsten Anteil selbstständiger Unternehmer in Deutschland. Quelle: Statistisches Bundesamt

105.000 zusätzliche Arbeitsplätze sind von Juni 1993 bis Juni 2002 seit 1993 in Bayern entstanden, bundesweit gingen 1.025.000 verloren. Quelle: Bundesanstalt für Arbeit

O'zapft is!



Heute heißt es wieder "O'zapft is!" und bis zum 5. Oktober steht dann die Festwiese zu Füßen der Bavaria ganz im Zeichen des größten und berühmtesten Volksfestes der Welt. Im letzten Jahr wurden fast fünf Millionen Maß gezapft. Dieses Jahr gibt es noch einen Grund mehr zu feiern, einen runden Geburtstag. Jubilärlarin ist die Wiesn selbst und mit ihren 170

Jahren immer jung geblieben. 6 Millionen Besucher aus aller Welt werden auch in diesem Jahr wieder erwartet, und 70% aller ausländischen Gäste reisen nur wegen der Wiesn aus allen Kontinenten der Erde nach München an und lassen sich von bayerischer Lebensfreude und Feierlust anstecken. Wie dichtete einst schon der Münchener Schriftsteller Eugen Roth: „Zu Münchens schönsten Paradiesen zählt ohne Zweifel vom fernen Berlin aufmachen möchte zu bayrischem Bier und Bayerischer Gemütlichkeit kann eines der vielen Feste in der Stadt besuchen oder schaut im virtuellen Biergarten der Paulaner Brauerei unter www.paulaner.de vorbei. (dr)



Wowereit ohne Perspektive - Abriss Berlin

Fortsetzung von Seite 1

Die konzeptlose Kürzungspolitik des Wowereit-Senats legt mittlerweile die Stadt in Trümmer: Fehlende oder gestrichene Investitionen lassen Strassen, Grünanlagen, Schulen, Kitas und öffentliche Gebäude vergammeln und dem Berliner Handwerk werden wichtige Aufträge nicht mehr gewährt, was zum weiteren Abbau von Arbeitsplätzen und Betriebsaufgaben führt. Sozialleistungen wie erst jetzt das Blindengeld werden drastisch zusammengestrichen, was einem glatten Wahlbetrug von SPD und PDS entspricht. Die innere Sicherheit der Stadt steht auf dem Spiel, wird doch bei der Polizei und bei der Feuerwehr weiter Personal gestrichen, obwohl Polizei und Feuerwehr ihren Vollzugsaufgaben

mittlerweile nicht mehr im vollen Umfang nachkommen können. Berlin ist so auf dem Weg zu zweifelhaftem Ruhm als Hauptstadt des Verbrechens. Universitäten und Hochschulen werden die finanziellen Daumenschrauben angezogen, so dass Berlin seine führende Rolle als Wissenshauptstadt nicht mehr halten können. Die Attraktivität Berlins als Kulturmetropole wird durch Kürzungen bei Orchestern, Theatern und Opern verspielt. Geld ist aber immer noch da für Prestigeprojekte wie eine derzeit völlig überflüssige Verbreiterung der Bürgersteige der Straße unter den Linden, statt ein für die Stadt wichtiges Infrastruktur-

projekt wie den Weiterbau der U-Bahnlinie 5 zu forcieren, weil Berlin ansonsten gegenüber dem Bund in Rückzahlungsverpflichtung von bereits vom Bund verausgabten Mittel gerät. All das, und die Kette der Senatsentscheidungen ließe sich noch beliebig fortführen, bewirkt nur eins: die Stadt wird weiter sozial gespalten und verliert das, was die Menschen der Stadt am dringendsten brauchen: Arbeitsplätze, Arbeitsplätze, Arbeitsplätze... Den Regierenden Bürgermeister scheint das nicht zu stören: er eilt weiter von Party zu Empfang und umgekehrt und hat für die Sorgen und Nöte der Bürger höchstens ein kaltes Lächeln. Die früher ausgleichende Politik

Eberhard Diepgens für alle Berliner wurde von Wowereit und Sarrazin in einen gnadenlosen



Konfrontationskurs umgewandelt. Die SPD nennt das Mentalitätswechsel - für die Men-

schen in Berlin ist es eine Kampf- ansage. Und auf die Frage, für was das alles gut sein soll, gibt es von Rot/Rot keine Antwort. Perspektiven für Berlin werden nicht formuliert, sondern verschlafen. Die CDU fordert zum Beispiel eine politische Umschichtung für ein gemeinsames Bundesland Berlin-Brandenburg sowie schnelle Maßnahmen im Hinblick auf die EU-Osterweiterung 2004 und eine gemeinsame Wirtschafts- und Kulturregion mit dem westlichen Polen. Berlin braucht Aussichten auf Erfolg. Der Senat aber tut auch hierfür gar nichts. von Joachim Zeller

Zimmer: Senat mit BVG-Sanierung völlig überfordert „Sanierung nur mit - nicht gegen Mitarbeiter“

Der Vorsitzende der Berliner CDU-Fraktion, Nicolas Zimmer, hat dem Senat vorgeworfen, das BVG-Sanierungskonzept nicht ernsthaft verfolgt zu haben. Insbesondere sei es von SPD und PDS versäumt worden, die Sanierung der BVG qualifiziert zu begleiten. Nun heiße es bei der BVG freier Fall statt freie Fahrt. Weiter sagte Zimmer: „Obwohl seit längerem erkennbar war, dass das Sanierungsziel ernsthaft gefährdet ist, hat es die Koalition unterlassen, die notwendigen Managemententscheidungen zu treffen. Wesentliche Kernprobleme der BVG sind dadurch unbearbeitet

geblieben. So ist der Wasserkopf der BVG von den Konsolidierungsmaßnahmen ausgenommen worden, während die Mitarbeiter im operativen Geschäft, die die Leistungen am Kunden erbringen, weiter abgebaut werden sollen. Damit wird das Nahverkehrsangebot in der Stadt ernsthaft gefährdet. Eine Sanierung des Unternehmens kann aber nur dann erfolgreich sein, wenn trotz des erforderlichen Personalabbaus die Leistungsfähigkeit der BVG zumindest erhalten bleibt. Ein Sanierungsplan kann

folglich nur mit, aber nicht gegen die Mitarbeiter durchgesetzt und umgesetzt werden. Die substanziellen Äußerungen des Parlamentarischen Geschäftsführers der SPD-Fraktion, Gaebler, über den „perspektivischen Konkurs“ der BVG zeigt, dass die SPD nicht nur über Jahre hinweg die Augen vor den Problemen des Unternehmens verschlossen hat, sondern auch mit der Sanierung des Unternehmens völlig überfordert ist. Nach der Messe Berlin ist die BVG innerhalb kurzer Zeit der zweite Absturz eines öffentlichen Unternehmens unter der Verantwortung von SPD und PDS.

Der nächste Crash ist bei den Wohnungsbauunternehmen zu erwarten, wo der zuständige Senator Strieder wie bei der BVG seit Jahren Arbeitsverweigerung betreibt. Wir fordern die SPD und PDS auf,

endlich ihrer Regierungsverantwortung gerecht zu werden und ein Machtwort gegenüber dem BVG-Vorstand zu sprechen, um weiteren Schaden von der Stadt abzuwenden.“



AUFRUF zum 3. Oktober
 Chancen der Wirtschaft und Arbeitnehmer in Europa
 Die CDU-Arbeitnehmer rufen zu einer Versammlung am Tag der Deutschen Einheit auf.
 Ort: Alexanderplatz
 Beginn 10.00 Uhr.
 Redner: Europaabgeordneter Ingo Schmitt, Staatssekretär a.D. Volker Liepelt

Rot-Grün FLOPS

REKORD ARBEITSLOSIGKEIT
 Rot-Grün beschert Deutschland die höchste Arbeitslosigkeit der Nachkriegsgeschichte. Mit fast 4,5 Millionen Menschen ohne Job steuert Kanzler Schröder zielstrebig auf die Katastrophenmarke von 5 Millionen Arbeitslosen zu. Dabei fand er sich einst bei 3,5 Millionen der Wiederwahl nicht Wert.

LEHRSTELLEN KATASTROPHE
 Zwischen der Zahl der Ausbildungswilligen und der vorhandenen Lehrstellen klafft eine immer größer werdende Lücke. Rot-Grün setzt auf die falschen Rezepte: Drohungen mit neuen Abgaben gegen Unternehmen statt konsequenter Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen.

ÜBERDREHTE STEUERSCHRAUBE
 Nur wenn es um Steuererhöhungen geht, zeigt die rot-grüne Regierung Phantasie: Ökosteuer, Stromsteuer, Erdgassteuer, Versicherungssteuer und Tabaksteuer wurden allein in diesem Jahr erhöht. Trauriger Rekord: 54,2 % beträgt die Einkommensbelastungsquote in Deutschland.

HARTZ-DESASTER
 Mit den Vorschlägen der Hartz-Kommission wollte Rot-Grün die Arbeitslosigkeit halbieren. Bis jetzt ist es ein Fehlschlag: Die so genannten Personal-Service-Agenturen haben bis Juli 2003 lediglich 117 Arbeitslosen einen neuen Job verschafft. Kosten: 300 Millionen Euro in diesem Jahr.

DRAMATISCHE KONKURSWELLE
 Die Firmenpleiten steigen dramatisch an. Im vergangenen Jahr mussten 37.620 Unternehmen aufgeben. 16 Prozent mehr als im Vorjahr. Meist waren es mittelständische Unternehmen, die auf der Strecke geblieben sind. Das ist doppelt tragisch: Sie sind der Job- und der Innovationsmotor Deutschlands.

DOSENPFAND-CHAOS
 Schlecht gedacht und schlecht gemacht. Das Rücknahmechaos sorgt bei den Deutschen für Aufregung. Auch die Getränkeindustrie läuft Sturm. Die Umsätze der Dosenabfüller tendieren nahe Null, Arbeitsplätze werden abgebaut. Und Krach mit der EU in Brüssel gibt es auch.

LKW-MAUT-AFFÄRE
 Dilettantische Vorbereitungen bei der Einführung der LKW-Maut verursachen allgemeines Chaos. Der Termin musste mehrfach verschoben werden. Dem Bund entstehen dadurch Einnahmeausfälle von 163 Millionen Euro pro Monat. Die deutschen Spediteure sind verunsichert.

EICHEL'SCHULDENFALLE
 Deutschland ist in Europa kein Vorbild mehr. Blaue Briefe aus Brüssel zeigen bei Hans Eichel scheinbar keine Wirkung. Auf bis zu 4 Prozent am Bruttosozialprodukt wird die Staatsverschuldung diesem Jahr steigen. Und auch in 2004 wird Rot-Grün das Defizitkriterium nicht einhalten können.

KOMMUNALE PLEITEN
 Abbruchreife Freibäder, löchrige Straßen und Schulen, in denen der Putz von den Wänden fällt, sind die Folge der schlechten Finanzanpassung der Kommunen. Doch vom Bund kommt noch immer keine Hilfe. Seine Pläne für die Gemeindefinanzreform stoßen bei allen Parteien auf Widerspruch.